

KPÖ: Helfen statt reden

Von links nach rechts:
Die KPÖ-Abgeordneten
Werner Murgg und
Claudia Klimt-Weithaler;
die Grazer Wohnungs-
stadträtin Elke Kahr



Privilegien und Postenschacher gibt es bei der KPÖ nicht. Alle Mandatarinnen und Mandatare, die von einem politischen Einkommen leben, behalten höchstens 2.200 Euro für sich. Was darüber liegt, wird in einen Sozialfonds einbezahlt, mit dem Steirerinnen und Steirer in Notlagen unterstützt werden. Seit 1998 wurde über 1,6 Millionen Euro an konkreter Hilfe geleistet. Damit konnten über 11.500 Familien und Personen unterstützt werden.

Weil sich unsere Mandatarinnen und Mandatare mit ihrem Einkommen nicht vom Großteil der Bevölkerung abheben, wissen sie, wo der Schuh drückt.

Die KPÖ bietet eine kostenlose Beratung in sozial- und mietrechtlichen Fragen an.

Die KPÖ schaut nicht weg, wenn es um die Probleme des täglichen Lebens geht.

Durch die Verkleinerung des Landtags ist es diesmal noch schwerer, in den Landtag zu kommen. Ihre Stimme für die KPÖ bei der Landtagswahl am 31. Mai ist eine wichtige Stimme für Gerechtigkeit!

Die Kandidatinnen und Kandidaten der KPÖ

Wir stellen einige unserer Kandidatinnen und Kandidaten vor:



Claudia Klimt-Weithaler
Landtagsabgeordnete



Horst Alič
Justizwachebeamter, Personalvertreter



Elke Heinrichs
Gemeinderätin in Graz, Betriebsrätin



Werner Murgg
Landtagsabgeordneter



Renate Pacher
Stadträtin in Knittelfeld



Hanno Wisiak
Bezirksvorsteher-Stv. in Graz-Geidorf



Hilde Tragler
Betriebsrätin Magna-Steyr,
Gemeinderätin in Voitsberg



Gabi Leitenbauer
Vizebürgermeisterin Trofaiach



Jürgen Höfler
Rauchfangkehrer

Vollständige Listen aller Wahlkreise unter
www.kpoe-steiermark.at

Eine wichtige Stimme für Gerechtigkeit

„Die Probleme von Kindern, die in Armut aufwachsen, sind wichtiger als Rückzahlungen für die Hypo-Spekulanten. Deshalb muss es eine soziale Kraft im Land geben, die den Mächtigen auf die Finger schaut.“

Claudia Klimt-Weithaler

Geb. 1971 in Fohnsdorf, lebt in Graz, zwei Töchter. Seit 2005 KPÖ-Landtagsabgeordnete.



Claudia Klimt-Weithaler

~~KPÖ~~ Liste 5



Landtagswahl 31. Mai 2015
~~KPÖ~~ Liste 5



Was die KPÖ im steirischen Landtag durchsetzen möchte

Worauf wir schauen:

Der Reichtum unseres Landes ist ungleich verteilt. Die, die ihn mit ihrer Arbeit erwirtschaften, bekommen immer weniger. Während eine kleine Gruppe immer reicher wird, werden die bescheidenen Erhöhungen der Einkommen schnell von der Teuerung aufgeessen. Die durchschnittliche Kaufkraft österreichischer Arbeiterinnen und Arbeiter ist seit 1998 um 14 Prozent gesunken. Gleichzeitig haben immer mehr Menschen keine Arbeit. In der Steiermark waren es Anfang 2015 schon über 60.000.

Es reicht – für alle

Die Politik unter Landeshauptmann Voves und seinem Stellvertreter Schützenhöfer hat die Menschen im Stich gelassen. Um Hypo-Haftungen und die Kosten von Spekulationsverlusten zu finanzieren, wurden ab 2011 mehrere brutale Kürzungspakete durchgezogen. Krankenhäuser und Schulen wurden zugesperrt, Beratungs- und Serviceeinrichtungen geschlossen, der Gratiskindergarten abgeschafft und Menschen mit Behinderung mit drastischen Kürzungen konfrontiert.

Viele können sich das Leben kaum noch leisten. SPÖ und ÖVP schauen weg. Von der EU verordnete und von Nationalrat und Landtag exekutierte „Stabilitätspakte“ bedeuten weitere Verschlechterungen für das Leben der arbeitenden Menschen.

Wohnen ist zu teuer!

Die Wohnbaumittel des Landes wurden zur „Budgetsanierung“ zweckentfremdet. Dadurch gibt es in der Steiermark kaum noch sozialen Wohnbau. Die Mieten steigen, weil es zu wenige Wohnungen gibt. Soziallandesrat Schrittwieser (SPÖ) hat die Wohnbeihilfe 2011 drastisch gekürzt. Aber: Wohnen darf kein Luxus sein!

Wir fordern:

- eine Verbesserung der Wohnbeihilfe;
- eine Offensive beim Sozialen Wohnbau

Gesundheit und Pflege – Gefahr droht!

In den vergangenen Jahren hat im Gesundheits- und Pflegebereich ein Kahl-schlag stattgefunden. Krankenhäuser wurden geschlossen, Abteilungen zusammengelegt und zugesperrt. Die geplante Privatisierung des zweitgrößten steirischen Spitals, des LKH West, scheiterte am Widerstand der Belegschaft. Nach der Landtagswahl 2015 planen ÖVP und SPÖ weitere grobe Einschnitte, weitere Abteilungen sollen verschwinden. Auf das Personal kommen unter dem Titel „Spitalsreform 2030“ neue Belastungen zu. Eine Lösung für die Pflegemisere ist die „Reformpartnerschaft“ schuldig geblieben. In der Steiermark werden nach wie vor profitorientierte Heime bevorzugt und gefördert. In diesem Bereich waren die Kostensteigerungen enorm. Millionen versickern so in einem System, an dem einige Wenige viel verdienen. Der Bevölkerung erzählt man, dass die Pflege nicht mehr finanzierbar sei.

Wir stehen für:

- Altern in Würde, auch für Menschen mit wenig Geld
- eine umfassende Gesundheitsversorgung in der ganzen Steiermark, die allen offensteht
- faire Arbeitsbedingungen in Pflegeeinrichtungen und Krankenhäusern
- den Ausstieg aus einem System, das profitorientierte Pflege bevorzugt. Geschäftemacherei hat bei Gesundheit und Pflege nichts verloren!

Glücksspiel

Im Interesse einer mächtigen Glücksspielindustrie werden Tausende in den Ruin getrieben. Die Politik schaut zu. Während Wien aus dem Automaten-glücksspiel ausgestiegen ist, haben SPÖ, ÖVP und FPÖ in der Steiermark 2014 ein neues Gesetz beschlossen, das noch höhere Einsätze zulässt. Der rechtliche Rahmen wurde dabei voll ausgeschöpft.

Die KPÖ kämpft für

- ein Verbot des „kleinen Glücksspiels“
- strengere Regeln für Sport- und „Live“-Wetten
- Aufklärung über die Spielsucht an steirischen Schulen

Leben wie andere auch

Menschen mit Behinderung mussten unter Landeshauptmann Voves mehrere Kürzungspakete hinnehmen. Vor 2011 war die Steiermark in Österreich vorbildlich. Diese Vorreiterrolle ist verloren gegangen.

- Menschen mit Behinderung müssen in vollem Umfang am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Die Politik darf sich nicht aus ihrer Verantwortung stellen.

Arbeit

Die KPÖ fordert Löhne und Gehälter, von denen man leben kann. Arbeit schützt nicht mehr vor Armut, weil die Löhne nicht steigen. Immer mehr Menschen werden in Arbeitslosigkeit oder prekäre Beschäftigungsverhältnisse gedrängt. Soziale Absicherung, Urlaub und Pensionsanspruch gibt für viele nicht mehr.

Für die KPÖ stehen die arbeitenden Menschen im Mittelpunkt, nicht die Profitinteressen von Banken und Konzernen. Das Land könnte aktive Arbeitsmarktpolitik betreiben. Im Februar 2015 waren über 60.000 Steirerinnen und Steirer arbeitslos. Ein trauriger Rekord. Die Landesregierung sieht tatenlos zu. Die KPÖ steht für

- die Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungssektors in den Bereichen Pflege, Kultur, Wissenschaft, Gesundheit und Bildung, finanziert aus den Milliardengewinnen der Konzerne und aus den Zinserträgen der Superreichen.
- gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit von Männern und Frauen! Die Förderpolitik des Landes kann hier regulierend eingreifen und für mehr Gerechtigkeit sorgen.

Verkehr und Energie

Der öffentliche Verkehr in der Steiermark muss ausgebaut werden. Mobilität darf kein Luxus sein. Die automatische Gebührenerhöhung beim Verkehrsverbund hat dazu geführt, dass die Tarife innerhalb von nur zwei Jahren



um 11 Prozent (!) gestiegen sind. In Graz hat die KPÖ durchgesetzt, dass der Preis für die Jahreskarte 2015 von 399 auf 228 Euro gesenkt wurde.

- Günstige Jahreskarten statt Budgettricks auf Kosten des Öffentlichen Verkehrs
- Ausbau der S-Bahn, vor allem in der Obersteiermark in der Stadtregion Trofaiach-Leoben-Bruck-Kapfenberg-Kindberg und im Murtal
- Güterverkehr von der Straße auf die Schiene

Die Landespolitik muss wieder „Herr im eigenen Haus“ werden und die Kontrolle über Energieerzeugung und -handel zurückgewinnen. Der Rückkauf der Anteile des französischen EDF-Konzerns an der EStAG sowie der Wasserkraftwerke ist ein wichtiges energiepolitisches Ziel.

Jugend und Bildung

Die KPÖ tritt für eine einheitliche Gesamtschule für alle 10 bis 14-jährigen ein. Bildung darf kein Privileg sein, das vom Einkommen der Eltern abhängig ist. Die Beteiligung der Jugendlichen an politischen Entscheidungen muss ausgebaut werden.

Pensionen sichern!

Das solidarische Pensionssystem muss erhalten bleiben! Das Schicksal der älteren Generation darf nicht von Spekulationsgeschäften und Börsenkursen abhängig gemacht werden.

Die KPÖ weist alle Versuche, Jung und Alt gegeneinander auszuspielen, zurück: Unser Pensionssystem ist ebenso wie Gesundheit und Pflege finanzierbar, wenn das erwirtschaftete Vermögen wieder in größerem Ausmaß zu jenen zurückfließt, die es erarbeitet haben.

Öffentliches Eigentum

Die KPÖ steht für Schutz und Erhalt des öffentlichen Eigentums und lehnt Privatisierungen ab. Der Berater- und Consulting-Sumpf muss trockengelegt werden. Alleine unter Voves und Schützenhöfer ist ein dreistelliger Millionenbetrag an – oft parteinahe – „Beratungsfirmen“ gegangen.

Privilegien und Parteienförderung

Die KPÖ tritt im Landtag als einzige Partei dafür ein, die Gehälter der Politikerinnen und Politiker auf ein vernünftiges Maß zu kürzen. Unser Modell sieht als ersten Schritt eine Senkung der Bezüge in der Landespolitik um 30 Prozent vor. SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne lehnen jegliche Senkung ab. Die KPÖ ist die einzige Kraft im Landtag, die nicht auf die Bedürfnisse der Parteien, sondern der arbeitenden Bevölkerung, der „Normal- und Kleinverdiener“ achtet.

